



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/55 - 8.3.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Hinweise Fernsprecher 21831-33
auf den Inhalt: Fernschreiber 039890

Nachwort zum FDP - Parteitag	S. 1
Tausche EVF gegen Saar oder Indochina	S. 3
Parlament unter klerikalem Druck	S. 5
Um Demokratie an der Saar	S. 7
Nachruf für Ernst Winter	S. 8

Mit halber Kraft gegen den Strom

ne-. Der neue Vorsitzende der FDP, Dr. Dehler, wird es nicht leicht haben, wenn er seine Partei - gleichsam aus Gründen der Existenzhaltung - auf einen "etwas unabhängigeren" und von der CDU klarer abgegrenzten Kurs bringen will. Mehrfach wurde diese Forderung auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden am vergangenen Wochenende aufgestellt, aber dieser gelegentlich aufflackernde Mut hielt sich weitgehend im Deklamatorischen. Der für die Freien Demokraten so gefährliche Sog des größeren Koalitionspartners bleibt bestehen.

Es mag recht bezeichnend sein, daß der einzige, der mit weitgehender Besorgnis und Aufrichtigkeit vor dieser Entwicklung warnte, auf dem Parteitag selbst nicht anwesend war. Reinhold Maier richtete seine Worte an die Delegierten auf dem Umwege über die Bundeskonferenz des Liberalen Studentenbundes. Nur derjenige, der gegen den Strom schwimmt, wird sich auf die Dauer erhalten können, sagte er. Der Parteitag gab die Antwort: nur zögernd und höchstens mit halber Kraft gegen den Strom! Die Atmosphäre der Entschlußlosigkeit wird auch weiterhin für die FDP maßgebend sein.

Der Verlaufs des Parteitages brachte keine Überraschungen. Die Wahl Dohlers verlief glatt, und zur Vermeidung jeder Streitigkeit wurde die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden von zwei auf drei erhöht. Bemerkenswert war die Tatsache, daß der Wahl-

Vorschlag für Dr. Middelhaue ausgerechnet vom Landesverband Baden-Württemberg eingebracht wurde, Altliberale mit den Freunden Dr. Naumanns Hand in Hand: ein Vorgang, der noch vor Jahresfrist unmöglich gewesen wäre. Aber nur auf diese Weise ließ sich die Partei "zusammenschweißen". Ob allerdings damit der in Wiesbaden so oft heraufbeschworene Geist der liberalen Grundfreiheiten ein zuverlässig demokratisches Gehäuse gefunden hat, mag dahingestellt bleiben.

Diese Bemühungen zur Vereinheitlichung des Parteigeftiges um jeden Preis mögen auch der Grund dafür gewesen sein, daß von einer wirklichen Aussprache über die kommenden Aufgaben der Partei kaum die Rede sein könnte. Vizekanzler Blücher - in einer gewiß nicht beiseidenswerten persönlichen Position - benutzte den größeren Teil seines Referates dazu, seine eigene Leistung gebührend in den Vordergrund zu stellen. "Überall werden Sie die Spuren meiner persönlichen Arbeit finden". Peinlich auch aus seinem Munde der Hinweis auf die "Lex Blücher".

Auch Dehlers politisches Hauptreferat, das mit großer Spannung erwartet wurde, hinterließ keinen überwältigenden Eindruck. Für die Delegierten mag der Hinweis, daß die FDP im Grunde die einzig wirkliche politische Partei in der Bundesrepublik sei, gewiß schmeichelnd gewesen sein, aber eine konstruktive Realpolitik ist mit dem Vortrag solcher Aphorismen sicher nicht zu erreichen.

Großen Raum nahm in Wiesbaden eine zum Teil äußerst scharfe Auseinandersetzung mit der drohenden Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik ein. Dehler bezeichnete den Anspruch einer Partei, die Christen zu vertreten, als eine "unchristliche Überheblichkeit". Es gebe keine Freiheit, wenn Menschen im politischen Raum Befehle der Kirchen ausführen.

Aber selbst auf diesem Sektor scheint die FDP mehr gedankenvoll als tatendurstig und konsequent zu sein. Gerade in dem Lande, in dem so scharfe Worte über die Gefährdung der Freiheit durch gewisse Tendenzen bei den Christlichen Demokraten gesprochen werden, in Hessen, ließ die FDP angesichts der kommenden Landtagswahlen mit der Blockbildung mit der CDU. Also auch hier nur mit Worten "gegen den Strom!"

Daß schließlich dem Sozialismus und der SPD die Existenzberechtigung abgesprochen wurden, kann nicht überraschen. Der Katechismus der Liberalen neuen Gepräges enthält nun einmal diese Formel. Der Alterspräsidentin des Bundestages, Frau Dr. Lüders, blieb es vorbehalten, die Delegierten darauf aufmerksam zu machen, daß der Wert der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei im Kampf um die soziale und wirtschaftliche Befreiung des Menschen sehr groß gewesen sei. Aber diese Bemerkung wurde gleichsam nur zu den Akten gegeben.

Die politischen Diskussionen in Wiesbaden blieben fast durchweg an der Oberfläche. Tatsächlich dürfte der wichtigste Gesichtspunkt dieser Tagung darin liegen, daß es sich hier um einen "Parteitag des Zusammenschweißens" gehandelt hat. Welche Gruppe jedoch bei einem Zusammenschweißen von Altliberalen und "Liberalen" nordrhein-westfälischer Prägung auf lange Sicht die Oberhand gewinnen wird, dürfte unschwer zu erkennen sein. Die Hauptverantwortung Dehlers wird darin liegen, ein solches Abgleiten nach rechts zu verhindern.

+ + +

Der Kampf um den EVG-Vertrag

G.S.-Paris, 8. März

Es vergeht kein Tag in Paris, an dem nicht neue Momente in dem Kampf auftauchen, den sich Gegner und Anhänger des EVG-Vertrages liefern. Die Tatsache, daß ein großer Kreis von Politikern verschiedener Richtung für den 13. und 14. März zu Demonstrationen vor den Denkmälern der Kriegsgefallenen aufgerufen hat ("Im Gedenken an unsere Toten - gegen die deutsche Wiederbewaffnung") ist vor allem einmal für die Kommunisten ein politischer Erfolg, weil dieser Aufruf einen Passus enthält, der Molotow Freude bereiten wird. Es heißt da, daß die Unterzeichneten ein Abkommen zwischen "allen europäischen Nationen ohne Ausnahme" wünschen. Natürlich ist kein Mensch gegen ein solches Abkommen; doch hat in Paris jeder begriffen, daß es sich für die Unterzeichner (zu denen diesmal kein EVG-Feindlicher Sozialist gehört) darum handelt, den von Molotow in Berlin vorgebrachten "europäischen Sicherheitsplan" zu popularisieren.

Damit ist vielleicht das notwendige Klima für den Besuch Adenauers in Paris, am 9. März, geschaffen worden. Die Initiative des Bundeskanzlers wird hier sehr verschieden bewertet: Die einen meinen, daß Adenauer diesmal "wesentliche Konzessionen" in der Saarfrage machen und so dem französischen Parlament die Ratifizierung des EVG-Vertrages erleichtern werde; die anderen sind der Auffassung, daß der Bundeskanzler nichts Wesentliches in der Saarfrage vorzuschlagen habe und nur einen "Augenauswisch" in Paris vornehmen wolle...

Wie dem auch sei, so ist der Druck auf Paris in den letzten Tagen unerhört stark geworden: Washington hat recht deutlich zu verstehen gegeben, daß der EVG-Vertrag in Paris vor der Genfer Konferenz ratifiziert werden müßte, also genau das, was eine beträchtliche Zahl französischer Abgeordneter ganz und gar nicht wünscht, in der Hoffnung nämlich, daß in Genf ein "Handel" zustande kommen könnte, der, auf eine kurze Formel gebracht, so lautet: Aufgabe des EVG-Vertrages, wenn Moskau und Peking darin einwilligen, Ho Chi Minh zur Verhandlung zu bringen.

In diesem Zusammenhang scheint ein "Wettlauf gegen die Uhr"

entstanden zu sein. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß Washington Paris wissen ließ, daß keine Erklärung über die Belassung amerikanischer Streitkräfte in Europa (eine französische Hauptforderung) abgegeben werden könne, so lange Paris nicht das Datum für die Ratifizierungsdebatte festgelegt habe.

Während die Kommunisten, die Radikalen der Richtung Herriot-Daladier sowie zahlreiche Konservative und Gaullisten ihre öffentliche Kampagne gegen den EVG-Vertrag fortsetzen, geht innerhalb der Sozialistischen Partei, deren Votum im Parlament ausschlaggebend sein wird, der Kampf um den EVG-Vertrag weiter. Während der letzten Tagung des Landesverbandes weigerten sich die Gegner des EVG-Vortrages, in die Diskussion einzugreifen - doch hat jeder begriffen, daß Jules Moch und dessen Freunde nicht gewillt sind, sich der Parteidisziplin in dieser Frage zu beugen. Während innerhalb der wichtigsten Parteisektionen eine Mehrheit für den EVG-Vertrag zu bestehen scheint, sind Anzeichen dafür sichtbar, daß innerhalb der sozialistischen Parlamentsfraktion die umgekehrte Entwicklung vor sich geht: In immer größerem Maße sprechen sich sozialistische Abgeordnete gegen den EVG-Vertrag aus und folgen der Initiative des früheren sozialistischen Ministers Lapie, der den EVG-Vertrag durch ein "europäisches Aufrüstungsabkommen" ersetzen will, das nur ein Abkommen zwischen den europäischen Partnern über gemeinsame Organisationsformen für eine kontrollierte Aufrüstung vorsieht, aber jede "Integration" anderer militärischer oder politischer Natur ablehnt. Es ist noch nicht abzusehen, welche Folgen ein Beschluß des kommenden außerordentlichen Parteitages der Sozialisten haben wird, der sich für oder gegen Ratifizierung des EVG-Vertrages aussprechen soll. Es ist übrigens interessant, daß die neue Stellungnahme Attlees und Morrisons die sozialistischen EVG-Gegner in Frankreich anscheinend kaum beeinflusst hat. In diesen Kreisen wird geäußert, daß "die Engländer, auch die Labour-Leute, die französischen Probleme nicht begreifen..."

- + +

"Geschlossen hinter den Forderungen unserer Bischöfe..."

dt - Hannover

Mit einem beschwörenden Ton, einer Gestik und Formulierungen, wie man sie aus dem Mittelalter aus Aufrufen zu Kreuzzügen kennt ("... es soll alles verweltlicht werden, die Kinder, ganz Niedersachsen - wehe, wehe, wenn es so weit kommt") setzte der Bischof von Hildesheim, Dr. Machens, den Schlußpunkt unter die Protestkundgebung, zu der die katholische Kirche in Niedersachsen nach Hannover aufgerufen hatte. Umrahmt war dabei die Niedersachsennalle von etwa 3.400 Omnibussen, denen außer den Menschen aus den entlegensten Dörfern Niedersachsens auch die Pfarrer entstiegen - fürwahr ein eindrucksvolles Bild von einer Macht, die nicht am Rationellen wurzelt und die daher auch nicht auf Beeinflussungsmethoden verzichtet, die schon Goebbels vorexerziert hat, als er nach Stalingrad den totalen Krieg verkündet. "Glaubt ihr", rief Bischof Machens seinen Zuhörern entgegen, "daß die Bischöfe euch hierhergerufen haben und ihr ihretwegen hergekommen seid?" "Nein" - scholl es ihm unisono zurück.

Alle solche Versuche, dem, was am Sonntag in Hannover geschah, mit Logik beizukommen, sind vorgeblich, Von denen, die da gegen ihre Regierung aufgeputscht wurden, wird nicht verlangt und auch nicht gewünscht, daß sie selbständig denken. Darum war auch nicht zu verwundern, daß eine sachliche Auseinandersetzung mit dem, was man so leidenschaftlich bekämpft, gar nicht versucht wurde. Es ist deshalb in so einer Situation wahrscheinlich auch von fragwürdigem Wert, da Argumente nicht ankommen, wenn Kopf dem Erzbischof von Paderborn schrieb, daß im niedersächsischen Teil seiner Diözese die Neuregelung theoretisch eine einzige katholische Schule in Bad Pyrmont trifft, an der Praxis aber überhaupt nichts ändert. Ebenso zwecklos ist die Belehrung, die dem Bischof von Münster zuteil wurde: Daß nämlich sein südoldenburger Sprengel von dem Gesetz gar nicht berührt werde, die Besorgnisse des Herrn Bischof also grundlos seien. Vermutlich befanden sich gerade deshalb auch unter den Omnibussen einige mit westfälischen Kennzeichen.

In Niedersachsen (ohne Oldenburg) gibt es rund 131000 katholische Volksschüler; von ihnen haben bisher schon 75,6 Prozent Volksschulen

besucht, an denen sowohl katholische wie evangelische Lehrer unterrichtet, und an diesem Zustand ändert auch das neue Gesetz nichts, es legalisiert ihn nur und beseitigt etwaige allzu krasse Mißstände in der Besetzung der Lehrerstellen. Ein Viertel, etwa 32000 Kinder, werden in 120 rein katholischen Schulen erzogen; dort, wo es "Zwergschulen" sind, tritt das neue Gesetz in Kraft, damit die Kinder bei regulärem Religionsunterricht, aber ohne Rücksicht auf eine "katholische Grammatik" in größeren Schulen zu lebensfähigen Menschen erzogen werden. Nur Böswillige werden leugnen, daß die größere Schule auch die besser funktionierende ist, dem pädagogischen Ziel also eher entspricht. Wieviel von diesen 120 Schulen unter das Gesetz fallen, steht noch nicht fest. Fest steht aber, daß gegen diese den Kindern zugute kommenden Absichten ein Sturm entfacht worden ist, dessen Intensität auf hintergründige Motive schließen läßt.

50000 Protestierende sind gewiß eine imposante Zahl; 5.500000 Protestanten sind gewichtiger. Die berufenen Vertreter dieser fünf-einhalb Millionen niedersächsischer Protestanten sind zum Wochenende zusammengekommen und haben festgestellt, daß der Gesetzentwurf der Regierung als eine Grundlage für eine Schulneuordnung betrachtet werden könne. Dieses Bekenntnis, verbunden mit der Feststellung, daß Zwergschulen unerwünscht seien, wiegt für die Regierung Kopf die Protestkundgebung vom Sonntag reichlich auf, selbst wenn das Zahlenverhältnis nicht so erdrückend wäre. Stillen, aber umso wirksamer, weil mit Diskussionsbereitschaft gekoppelt, geht die evangelische Kirche an das Gesetz heran, eingedenk des Wortes ihres Landesbischöfs, daß seine Kirche die überholte geistliche Schulaufsicht nicht begehre.

Noch ist der Entwurf im Landtag kaum behandelt worden. Kundgebungen wie die vom Sonntag aber bestätigen nur, was kürzlich der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag gesagt hat: "Wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, werden die Kleriker bald alle Angelegenheiten in die Hand nehmen".

+ + +

Deutsche Saar -- Sozialdemokraten verlangen, gehört zu werden

Die Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Partei an der Saar, Kurt Conrad und Friedrich Regitz, haben der Beratenden Versammlung des Europarates in einem Schreiben ihr Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß ihnen bisher keine Möglichkeit gegeben war, den Mitgliedern der Hohen Versammlung ihre Auffassungen über eine Lösung der Saarfrage vorzutragen. Insbesondere drücken sie ihr Befremden darüber aus, daß der Berichtersteller des Allgemeinen Ausschusses, der Holländer van der Goes van Naters, die Vertreter der nicht zugelassenen Parteien an der Saar vor Fertigstellung seines Berichtes nicht gehört hat. Sie hofften deshalb, so heißt es weiter, daß ihnen nach dem Grundsatz der Anhörung aller Beteiligten noch vor der endgültigen Verabschiedung des Planes des Herrn van Naters Gelegenheit gegeben werde, vor Mitgliedern der Hohen Versammlung ihre Auffassung darzulegen.

x

Dem Schreiben liegt die folgende Erklärung bei:

"Wie den unterzeichnenden Vorsitzenden des Gründungsausschusses der Deutschen Sozialdemokratischen Partei bekannt wurde, soll vom Allgemeinen Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarates die Diskussion über die Herstellung der demokratischen Freiheiten an der Saar deshalb vertagt worden sein, weil gegenwärtig zwischen Vertretern der Saarregierung und den nicht zugelassenen Parteien Verhandlungen über deren Zulassung geführt würden.

Dazu erlauben wir uns mitzuteilen, daß seit Juni 1952 beim Innenministerium der Regierung des Saarlandes der Zulassungsantrag der Deutschen Sozialdemokratischen Partei mit sämtlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen vorliegt. Außer einem erläuternden Schriftwechsel zwischen dem Ministerium des Innern und dem Vorstand des Gründungsausschusses, der sich bis Oktober 1952 hinzog, wurde keinem bevollmächtigten Vertreter der Deutschen Sozialdemokratischen Partei seitens der Saarregierung eine Erklärung über die Zulassung abgegeben. Es wurden seit dieser Zeit keinerlei Verhandlungen geführt... Die letzte Eingabe der Deutschen Sozialdemokratischen Partei wurde von den Saarbehörden bis heute nicht beantwortet und der Zulassungsantrag entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht entschieden.

Die Saarregierung hat nicht nur die Deutsche Sozialdemokratische Partei nicht zugelassen, sondern darüber hinaus deren Anhänger unablässig Verfolgungen, Absetzungen, Ausweisungen und anderen Benachteiligungen ausgesetzt.

Die Unterzeichneten dürfen deshalb erwarten, daß die Saarregierung jetzt nach den in der freien Welt allgemein anerkannten Grundsätzen der Demokratie sich bereit findet, dem Zulassungsantrag zu entsprechen.

Die Unterzeichneten erneuern hiermit ausdrücklich ihr Bekenntnis zur demokratischen Grundordnung des staatlichen Lebens und zum europäischen Zusammenschluß ohne Zerreißen der nationalen Einheiten. Sie betätigen die im Programm der Deutschen Sozialdemokratischen Partei festgelegten Grundsätze, eine Änderung der 1947 einseitig geschaffenen Verhältnisse im Saargebiet nur mit demokratischen Mitteln unter Beachtung von Verfassung und Gesetzen anstreben zu wollen.

Unter dieser Voraussetzung erkennt die Deutsche Sozialdemokratische Partei die derzeitigen Regierungsbehörden als innere Ordnung des Gemeinschaftslebens im Saargebiet an. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß jede Regelung der Saarfrage, über die gegenwärtig verhandelt wird, nicht ohne sofortige, uneingeschränkte Gewährung aller demokratischen Freiheiten herbeigeführt wird.

+ + +

Ernst Winter gestorben

(sp) Nicht ganz sechundsiebzehnjährig ist in der Nacht von Sonntag auf Montag der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ernst Winter nach längerem Leiden verstorben. Ernst Winter war nie einer der "Großen" in der Politik, aber seine Persönlichkeit und sein Wirken sind beispielhaft für die Tätigkeit aller derer, durch die die Sozialdemokratie groß geworden ist.

Seit 1906 in der Gewerkschaft und seit 1909 in der SPD, vollzog sich sein Leben im Rhythmus der Arbeit, und immer wieder wurde es auch vom Vertrauen der Arbeiter getragen. Ernst Winter war mehr, als der langjährige Betriebsratsvorsitzende der "Hanomag", der Gewerkschaftsfunktionär und der Bundestagsabgeordnete, der für den ersten Bundestag als Nachfolger des verstorbenen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher kandidierte und zum zweiten Male über die Landes-Ergänzungsliste in den Deutschen Bundestag einzog. Er war einer der Stillen im Lande, die aber durch ihre kraftvolle Persönlichkeit Halt und Vorbild für viele wurde.

Besonders groß aber sind die Verdienste, die sich Ernst Winter 1945 um die Wiederbegründung der Partei errang, denn in den Tagen, in denen das Büro Dr. Schumachers den Beginn der neuen Arbeit darstellte, war er sozusagen die treusorgende Mutter der Partei, der die materiellen Widrigkeiten überwinden half. Er wird in die Geschichte des Sozialismus als ein Mann der Arbeit und als ein Mann der Arbeiter eingehen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau